Weltrundschau : gesünderer Kapitalismus? ; Konkurrenz des Kommunismus ; Das Risiko der totalen Vernichtung ; Festgefahrene Westpolitik ; Flucht in den Faschismus ; Bewegung im Kommunismus ; Die unterentwickelten steigen auf

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **53 (1959)**

Heft 1

PDF erstellt am: **02.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-140336

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

l'idéal à atteindre que nous contribuons à réaliser cet idéal!» (Eric Descœudres.)

Da zu wiederholten Malen in dieser Monatszeitschrift der Kolonialismus in aller Welt zu Recht an den Pranger gestellt wurde, ist es dringlich, hierin auch den eigenen Kolonialismus an den Pranger zu stellen. Nur dann hat unsere Kritik am Ausland Gewicht, sonst nicht.

Ernst Schönholzer

WELTRUNDSCHAU

Gesünderer Kapitalismus? Es erscheint angebracht, zu Beginn dieses neuen Jahres unseres Heils einige der wichtigsten Kräfte und Strömungen zu überblicken, die die Zeitgeschichte bestimmen, und die Hauptereignisse der Berichtszeit in diesen Rahmen hineinzustellen. Fangen wir mit der Wirtschaft an, die nicht weniger als die Politik – welche ja vielfältig von ihr abhängt – unser Schicksal ist. Und zwar mit der amerikanischen Wirtschaft, die in der westlichen, das heißt nichtkommunistischen, Welt führt und vorherrscht.

Sie dürfte die Schrumpfung, die im Sommer 1957 einsetzte, jetzt großenteils überwunden haben, vor allem dank den Stabilisierungskräften, die zur Zeit Roosevelts in den Konjunkturablauf eingebaut wurden: starke Gewerkschaften (die einen Zusammenbruch der Löhne und der Massenkaufkraft verhinderten), Arbeitslosenversicherung und Preisstützung zugunsten der Landwirtschaft. Ob aber nun eine neue Ausdehnung des Wirtschaftskörpers folgen wird, ist mehr als zweifelhaft. Man hat berechnet, daß eine völlige Erholung der amerikanischen Wirtschaft nur eintreten könne, wenn innert eines Jahres der Wert der Gütererzeugung und der Dienstleistungen um mindestens 50 Milliarden Dollar steigen werde – und das ist kaum zu erwarten. Die Arbeitslosigkeit zeigt jedenfalls wenig Neigung, wesentlich zurückzugehen. Wenn sie zurückginge, so wäre eine neue Inflation (Verminderung des Geldwertes und Erhöhung der Preise) fast unvermeidlich; soll aber der Geldwert stabil erhalten werden, so müßte das mit stockender Wirtschaftstätigkeit und vermehrter Arbeitslosigkeit erkauft werden.

Die westeuropäische Wirtschaft soll durch die am Jahresende 1958 vorgenommene Währungsoperation einen neuen Auftrieb erfahren. Der Anstoß ging von Frankreich aus, dessen Staatshaushalt und Volkswirtschaft durch den endlosen Algerienkrieg immer mehr zerrüttet wurde und eine Abwertung des Franc dringend nahelegte. Die Regierungen Westdeutschlands und Englands bestanden aber dar-

auf, daß gleichzeitig durch Schaffung der Möglichkeit, die westeuropäischen Währungen frei in Dollar, Schweizer Franken oder Gold umzutauschen, der «Gemeinsame Markt» (der am 1. Januar in Kraft treten mußte) kräftig belebt und die vielumstrittene Freihandelszone ihrer Verwirklichung nähergebracht werde. So sind nun also die Währungsschranken in Westeuropa in der Hauptsache gefallen – ob zum dauernden Vorteil der beteiligten zehn Länder, das bleibt abzuwarten; die britische Labourpartei ist jedenfalls äußerst mißtrauisch. Ebenso fragwürdig erscheint der Dauernutzen, den Frankreich aus der Finanz- und Wirtschafts«reform» ziehen wird, die zusammen mit Abwertung und freiem Währungsumtausch beschlossen worden ist. Die Leidtragenden werden dabei in erster Linie die Lohnverdiener und Rentner sein, deren Lebenshaltung durch Preiserhöhungen, neue Steuern, Abbau der Verbilligungsaktionen und dergleichen Maßnahmen empfindlich heruntergedrückt werden wird, wozu als Folge der Aufhebung der Europäischen Zahlungsunion eine wachsende und wahrscheinlich sehr drückende Abhängigkeit von Westdeutschland – jetzt neben Amerika dem Hauptgeldgeber Frankreichs – kommen wird. Alles im Zeichen der «nationalen Wiedergeburt» und neuen Größe der «grande nation», die Herr de Gaulle, der erste Präsident der Fünften Republik, versprochen hat. Aber die Franzosen und Französinnen, die den Einsiedler von Colombey zum Retter des Vaterlands ernannt haben, sollen für ihre Dummheit und Unreife nur tüchtig zahlen!

Konkurrenz des Kommunismus Währenddessen gerät die kapitalistische Wirtschaft und die darauf gebaute bürgerlich-konservative Gesellschaft immer offenbarer in Rückstand gegenüber der Welt des Kommunismus. Das augenfälligste Zeichen dafür ist der neue Vorsprung, den die Sowjetunion mit ihrem künstlichen Planeten vor der amerikanischen Raketentechnik gewonnen hat. Noch Mitte Dezember hatte die «freie Welt» über den geglückten Abschuß eines künstlichen amerikanischen Erdsatelliten von der Größe eines Eisenbahnwagens laut triumphiert und «die Propagandarechnung mit dem Kreml beglichen» gefunden. Und nun schleudern die Russen schon am zweiten Januartag einen Flugkörper in den Weltraum hinaus, der, am Mond vorbeisteuernd, die Erdenschwere überwunden hat und als menschengeschaffener neuer Planet für unabsehbare Zeit um unsere Sonne kreist! Ich habe für all diese technischen Glanzleistungen wenig genug übrig; es gibt viel notwendigere und würdigere Gegenstände internationalen Wetteifers als solche «Großtaten», die unter den heutigen Umständen nur den Wahn von des Menschen Gottgleichheit zu fördern vermögen. Aber wenn man sich schon auf den Konkurrenzkampf um die Eroberung des Weltraums einläßt, wie der Westen das ja tut, dann zeugt es nur von kläglich-kleinlicher Gehässigkeit, wenn jetzt bei uns die geglückte Aussendung eines sowjetischen Kunstplaneten so «überlegen» herunter-

kommentiert wird, wie es beispielsweise eine «Neue Zürcher Zeitung» tut (vgl. Nr. 22/1959). D i e Leute sind wahrlich schlechte Verlierer!*

Aber hinter solch hämischer Kritik steckt ja natürlich nur das tiefe Unbehagen, das die westliche Welt über die Bedrohung ihrer ganzen Wirtschafts- und Lebensform durch den Kommunismus empfindet. Den schlechthin erstaunlichen Fortschritten, die besonders die Sowjetunion und China auf wirtschaftlichem und zivilisatorischem Gebiet machen und von denen hier immer wieder die Rede war, hat der so hochgemute kapitalistische Westen in der Tat nichts Ebenbürtiges gegenüberzustellen. «Hat man sich», so fragt darum der Oxforder Volkswirtschafter Thomas Balogh («New Statesman», 29. November 1958), «endlich einmal überlegt, daß nur eine entschlossene Konzentration auf wirtschaftliche und soziale Besserstellung uns davor retten kann, von innen her ausgehöhlt zu werden und das Rennen um eine wetteifernde Koexistenz in den lebenswichtigsten Gebieten der Welt zu verlieren? Die Antwort auf diese Frage lautet unglücklicherweise: Nein! . . . Solange in unserem stockenden Wirtschaftskurs keine Umkehr eintritt und der Westen nicht lernt, wie eine neue Periode wirtschaftlicher Ausdehnung heraufzuführen ist, bleibt der Ausblick düster.» Der Gegensatz zwischen westlicher Schläfrigkeit und östlich-kommunistischer Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft mache die Aufrechterhaltung demokratischer Einrichtungen in den schwächeren Ländern – zum Beispiel in Indien – unmöglich und jeden Widerstand gegen totalitäre Lösungen aussichtslos, die fortschreitende Niederlage des Westens aber unausweichlich. «Es ist in Wirklichkeit die Tätigkeit der westlichen Finanzminister und Wirtschaftsführer, die den Umsturz im nichtkommunistischen Bezirk vorbereitet. . . . Das Vertrauen in Währungsmystik und ‚freie' Märkte hat die verhältnismäßige Stärke der nichtkommunistischen Länder genügend geschwächt, um Chruschtschew mit einiger Gewißheit die nicht zu ferne Zeit erwarten zu lassen, da er England überholen und sich der amerikanischen Produktionskraft nähern kann.»

Das Risiko der totalen Vernichtung Die Führer des kapitalistischen Westens denken natürlich nicht im Traum daran, den wohlgemeinten Rat des Oxforder Professors zu beherzigen; sie würden sich damit ja selbst aufgeben. Ihr Sinnen ist auf die E r h a l t u n g und S t ä r k u n g der «freien

* Ihr Gegenstück sind diejenigen, die Rußlands technische Leistungen zur Stimmungsmache gegen den Kommunismus ausnützen, wie Oberstdivisionär Uhlmann, der am 8. Januar im Radio Beromünster der Sowjetregierung zumutete, sie werde die Errichtung von Weltraumstationen «für die Verwirklichung ihrer Machtpläne auswerten», die natürlich nicht dem Frieden förderlich seien . . . In Wahrheit sind es *amerikanische* Autoritäten, die schon längst damit geprahlt haben, die Vereinigten Staaten würden als erste den Mond besetzen und sich damit einen militärischen Vorsprung vor den Russen sichern. (Siehe Lord Russells neues Buch «Gesunder Menschenverstand oder Atomkrieg?»)

Wirtschaft» gerichtet, nicht auf deren Umbau im Geist einer volksnahen Gemeinwirtschaft. Auch wo den unterentwickelten Völkern etwelche Hilfe gewährt wird, geschieht es nicht nur in völlig unzureichendem Ausmaß, sondern auch immer mit dem Ziel, sie für die bürgerlich-kapitalistische Weltordnung zu sichern und ihren Übergang ins sozialistische oder gar kommunistische Lager zu verhindern.

In den Dienst dieses Strebens wird dann aber namentlich die militärische Aufrüstung der nichtkommunistischen Länder und die Schaffung eines weltweiten Netzes militärischer Bündnisse – NATO, SEATO, Bagdadpakt usw. – gestellt. Die Gefahr eines sowjetisch-chinesischen Angriffskrieges wird – wider besseres Wissen – mit Hilfe einer riesenhaften, raffinierten Propaganda den Völkern beständig vor die Augen gemalt, eine Gefahr, die nur durch Anhäufung der wirksamsten Abschreckungs- und Vernichtungsmittel gebannt werden könne. Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, der unheimliche General Norstad, wiederholte letzthin in Paris zum soundsovieltenmal die Drohung, der Westblock werde nicht zögern, einen sowjetischen Angriff sofort mit allvernichtenden Atomwaffen zu beantworten; darüber dürfe es absolut kein Mißverständnis geben. Und kurz vorher konnte er befriedigt feststellen, die NATO-Armeen würden gegenwärtig sehr rasch mit den modernsten Kernwaffen ausgerüstet; in drei bis sechs Monaten würden die meisten NATO-Länder über solche Waffen verfügen. Schon heute habe die NATO fast 30 einsatzbereite Raketenbataillone, deren Zahl bis 1963 auf über hundert erhöht werden solle. Und was die Organisation und Ausrüstung der alliierten Streitkräfte betreffe, so bewege man sich immer schneller «einer vollständig neuen Ära entgegen».

Die bürgerlich-kapitalistische Welt hat sich damit einen beispiellos schlagkräftigen Riesenapparat zum Zweck ihrer Selbstbehauptung und zur Eindämmung oder Zurückdrängung der kommunistischen Konkurrenz geschaffen. Und die Größe dieses Apparats ist selbst wieder ein Hauptmittel zur inneren Stärkung der kapitalistischen Wirtschaft, die ohne die immer höher gesteigerten und immer wieder zu erneuernden Kriegsrüstungen schon längst im Begriff stünde, an ihrer Ungerechtigkeit und Unvernunft zugrunde zu gehen. Von den rasenden Fortschritten, welche die Kriegsrüstungen machen, mag der Hinweis einen Begriff geben, daß – nach Angaben des Labourpolitikers Philip Noël Baker, eines der ersten Rüstungs- und Abrüstungssachverständigen, in der Neuyorker «Nation» vom 22. November 1958 – Großbritannien im Jahr 1939 für militärische Forschungen erst 7,9 Millionen Pfund ausgab, 1957 aber 204 Millionen. Die entsprechenden Zahlen für die Vereinigten Staaten sind 26,4 Millionen Dollar und 5300 Millionen Dollar, für das neutrale Schweden: 1939 Null, 1957 aber 21,8 Millionen Kronen.

Daß der so entwickelte Rüstungsapparat so oder so, als Anreiz zum bewußten Losschlagen (etwa als Präventivkrieg begründet) oder

durch selbsttätige Auslösung von Feindseligkeiten, in einer besonders gespannten internationalen Lage den Übergang vom «kalten» zum «heißen» Krieg mit Leichtigkeit herbeizuführen imstande ist, bedarf hier keiner näheren Darlegung mehr.* Wenn Mussolini seinerzeit gesagt hat, Italien habe nur die Wahl zwischen estensione und esplosione, zwischen Ausdehnung und Zerplatzen, so gilt das noch viel mehr vom heutigen monopolartigen, gegenrevolutionären Kapitalismus. Wobei man freilich in den Vereinigten Staaten immer noch hofft, aus einem Atomkrieg mehr oder weniger schwer verstümmelt, aber doch lebensfähig herauszukommen, während die Sowjetunion total vernichtet würde und freilich auch von West- und Mitteleuropa nicht mehr viel übrig bliebe. Oder wird der Optimismus von Scott Nearing Recht behalten, der (in der amerikanischen «Monthly Review», November 1958) damit rechnet, daß doch noch ein Schutzmittel gegen radioaktive Ablagerung und Strontium 90 entdeckt werde und die künftige Zeittafel dann so aussehen dürfte: Krieg 1914–1918, Revolution in Rußland; Krieg 1939–1945, Revolution in Osteuropa, Asien und Afrika; dritter Weltkrieg, Revolution in Westeuropa und Nordamerika?

Festgefahrene Westpolitik So viel steht jedenfalls fest: Wenn die Drohung mit dem Atomkrieg wirklich ernst gemeint und nicht nur Bluff ist – und sie ist nach allen Erklärungen verantwortlicher Staatsmänner und Militärs tödlich ernst gemeint –, dann würde ihre Ausführung auch den Verteidiger (der ja jeder sein will) so entsetzlich treffen, daß kein Kriegsziel diese Vernichtungsorgie mehr rechtfertigen kann. Schon diese Tatsache allein sollte die Völker und ihre Regierungen zwingen, um jeden Preis abzurüsten und den Frieden zu organisieren. In Tat und Wahrheit ist davon keine Rede. Von den beiden Abrüstungskonferenzen, die nach Genf einberufen wurden, ist die eine, die die technischen Möglichkeiten einer Verhinderung von Überraschungsangriffen studieren sollte, ergebnislos abgebrochen worden, weil es sich zeigte, daß die technischen Fragen von den politischen nicht zu trennen sind und politische Auseinandersetzungen – mindestens nach Ansicht der Westmächte – von den Verhandlungen ausgeschlossen bleiben sollten. Die Konferenz über die Einstellung der Atombombenversuche aber, die vor der Feiertagspause schließlich doch noch einige Fortschritte zu verzeichnen hatte, sieht sich jetzt, nach der Wiederaufnahme der Sitzungen, vor Fragen gestellt, die beim herrschenden Mißtrauen aller gegen alle fast unlösbar scheinen. Und selbst wenn eine Lösung gefunden werden sollte, was ist schon mit einem Verzicht auf weitere Kernwaffenexplosionen politisch gewonnen, ich meine über die Vermeidung der schweren Schäden an Leben und Gesundheit hinaus, die

* Die Pariser «Cahiers Internationaux» (Januarheft) zählen nicht weniger als 17 Staaten der «freien Welt» auf, die von Berufsoffizieren präsidiert werden, von den USA und Frankreich bis Thailand, Burma und Pakistan.

diese Explosionen anrichten? Philip Noël-Baker, der vorhin genannt wurde, ist überzeugt, daß ohne eine Abschaffung der Einrichtungen für militärische Forschung jeder Abrüstungsversuch vergeblich ist – aber daran wagen sich die Regierungen noch weniger heran als an die Verminderung der Wehrmachtsbestände. Kurz, man tritt nach wie vor auf der Stelle und sucht durch Scheinverhandlungen nur seine Unwilligkeit zu verdecken, endlich einmal aus den festgefahrenen Stellungen herauszukommen und die Lebensprobleme der Völker in einem neuen Geist anzupacken.

Das gilt vor allem von den Vereinigten Staaten, auf die in diesen Dingen heute mehr denn je Entscheidendes ankommt. Wir hören zwar aus Amerika – privat und aus den Tagesnachrichten – immer wieder, daß sich in der öffentlichen Meinung ein Umschwung vorbereite, der das Beste erwarten lasse. Man könnte Dutzende von zum Teil gewichtigen amerikanischen Stimmen anführen, die – wie zum Beispiel der frühere Luftfahrtminister Finletter – feststellen, daß sich seit 1945, wo Amerika das Atombombenmonopol hatte, die Lage von Grund auf geändert habe, daß der Krieg inzwischen unmöglich geworden sei, also eine Verständigung mit der mächtig erstarkten kommunistischen Welt zur Lebensnotwendigkeit werde, wolle der Westen nicht sich selbst und die übrige Welt durch eine militärische Kraftprobe der Vernichtung aussetzen oder ohne Krieg wirtschaftlich und kulturell von Niederlage zu Niederlage schreiten. Aber wir müssen doch einfach sehen, daß diese ganze Bewegung der Geister sich bisher im wesentlichen außerhalb der herrschenden Kreise abspielt. Außenminister Dulles, der die Regierung insgesamt und namentlich den hilflosen Präsidenten hinter sich hat, fährt fort, zu predigen, daß für die «freie Welt» der einzige Weg zu Frieden und Sicherheit die Behauptung der Übermacht und der Wille zu Vergeltungsmaßnahmen sei. «Ich kann», so rief er im Dezember vor der Handelskammer von San Franzisko aus, «ich kann mit unbedingter Gewißheit versichern, daß unsere Politik Erfolg haben wird, wenn sie unerbittlich fortgeführt wird.» Und Paul Sweezy, der Mitredaktor der Neuyorker «Monthly Review», weist (im Dezemberheft) wohl mit Recht darauf hin, daß trotz dem großen Wahlerfolg der Demokraten die Außenpolitik der Vereinigten Staaten keine irgendwie wesentliche Änderung erfahren werde. Von den «liberalen» Demokraten sei hier so wenig zu erwarten wie von den «modernen» Republikanern à la Nelson Rockefeller. «Beide sind vorbehaltlos auf den Kalten Krieg festgelegt. Wenn es einen wichtigen Unterschied zwischen den beiden gibt, so ist er unserer Aufmerksamkeit entgangen ... Der Weg, auf dem wir rollen, führt ins Unglück, und es macht keinen Unterschied, ob auf dem Führersitz Demokraten oder Republikaner sitzen.»

Auf keinem Felde der weitverzweigten amerikanischen Weltpolitik steht so eine Wendung zum Besseren in Aussicht. Nicht in Ostasien, wo Washington nach wie vor auf Tschiang Kai-Schek setzt und den

Zusammenbruch der Chinesischen Volksrepublik erwartet. Nicht im Mittelosten, wo sich Amerika jetzt sogar mit Nasser verständigt, um den Kommunismus zu erledigen. Und besonders nicht in Deutschland, wo die Russen wenigstens einen Anlauf nehmen, um aus der Sackgasse herauszukommen, in die sie ebenso geraten sind wie die Westmächte.

Die jüngsten Noten, die die Regierungen von Washington und London, Paris und Bonn nach Moskau geschickt haben, sind – von einer unverbindlichen Anregung zu neuen Verhandlungen über die deutsche Frage abgesehen – so trostlos negativ, daß schon eine gewaltige Aufrüttelung der Schlafmützen nötig ist, um eine wirkliche Bereitschaft zu einem ersprießlichen Gespräch mit der Sowjetunion zu erzeugen. Mit der ewigen Wiederholung des alten westlichen Planes – gesamtdeutsche Wahlen, Beseitigung des ostdeutschen Regimes, «freie» Entscheidung über den internationalen Status des neuen Regimes, das heißt natürlich Eingliederung Gesamtdeutschlands in den westlichen Militärblock –, mit dem dauernden Herumreiten auf diesem Plan kommt man ja wirklich nicht weiter. Der einfachste Billigkeitssinn sollte es verbieten, den Russen die Mithilfe zur Schaffung eines Vierten Reiches zuzumuten, das die ganze Militärmacht der NATO im Rücken hätte, das bald selbst wieder eine moderne Wehrmacht besäße, kommandiert von Generälen, die schon Hitler dienten, und nur ein Werkzeug in der Hand des mit Amerika eng verbundenen neudeutschen Industrie- und Finanzkapitals wäre, besonders mit seinem niegesättigten Drang nach Osten, dem zunächst einmal die 1945 verlorenen Provinzen ein lockendes Ziel wären. Und was Berlin betrifft, so hat es keinen Sinn, mit juristischen Formalgründen die Russen zwingen zu wollen, ihre Besatzung in Ostberlin zu lassen, nur um die Fiktion aufrechterhalten zu können, daß es so etwas wie eine ostdeutsche Republik überhaupt nicht gebe. Die Westmächte haben das Potsdamer Abkommen über die Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands unter Berufung auf die veränderten Verhältnisse so vielfältig gebrochen, daß es mehr als nur lächerlich wirkt, wenn sie jetzt den Russen das Recht bestreiten, ihrerseits den wirklich unerträglich gewordenen Verhältnissen in Berlin wenigstens in einem gewissen Maß ein Ende zu machen. Neutralisierung und Entmilitarisierung eines wiedervereinigten Deutschland und vorher schrittweise Angleichung der Regierungsformen der beiden Teilstaaten durch zweiseitige Verhandlungen – das müßte das Vorgehen sein, wenn den Westmächten an einer halbwegs dauerhaften Beseitigung des Ärgernisses und der Gefahr gelegen wäre, die der heutige Zustand Deutschlands bildet. Ihr Wille, in Deutschland einen Schild und Speer gegen den Osten zu haben, und ihre Hoffnung, über kurz oder lang die Sowjetunion doch auf die Knie zu zwingen, verhindert sie aber nach wie vor, den Entschluß zum Beschreiten dieses Weges zu fassen und die dafür notwendigen Zugeständnisse zu machen.

Flucht in den Faschismus Zu der Erstarrung, die die Außenpolitik der Westmächte in so hohem Grad kennzeichnet, paßt es durchaus, daß sich ihre Innenpolitik mehr und mehr in einen offenen oder «demokratisch» verkleideten Faschismus flüchtet. Staatssekretär Dulles hat zwar in der erwähnten Rede in San Franzisko gesagt: «Unser Volk ist mit einem missionarischen Geist ausgestattet ... Durch unsere Haltung und unser Beispiel hoffen wir der ganzen Welt die Vorzüge einer freien, sich selbst regierenden Gesellschaft beweisen zu können. Wenn die freien Menschen die guten Früchte der Freiheit zeigen, werden die Sklavenhalter stets in die Verteidigung gedrängt sein und dem schließlichen Zusammenbruch ihres Systems entgegensehen müssen.» Aber mit dieser Freiheitsmission der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten sieht es ja, wie jedermann weiß, recht eigentümlich aus. Im Kampf gegen Kommunismus und Sozialismus stützen sich die Westmächte ohne Zögern auf Regierungssysteme, die so ziemlich das Gegenteil von Demokratie sind, und helfen überall den reaktionärsten Klassen, die fortschrittlichen Regungen ihrer Völker mit Gewalt niederzuhalten. Siehe Spanien und Griechenland, Guatemala und Britisch-Guyana, Südkorea und Südvietnam, Formosa und Iran – lauter Länder, in denen von Selbstregierung des Volkes keine Rede ist. Aber auch die formal noch bürgerlich-demokratischen Länder nähern sich immer ausgesprochener einem «kalten» Faschismus.

In den Vereinigten Staaten ist das nicht erst seit McCarthy offenkundig, ist doch die vielgerühmte amerikanische Demokratie längst zu einem widerlichen Zerrbild der Selbstbestimmung eines mündigen Volkes mit freier Willensbildung geworden. Was wunder, daß diese Art Demokratie für die Vereinigten Staaten seit dem Zweiten Weltkrieg zu einem immer mehr geschätzten Exportartikel geworden ist. Professor Ralph Miliband spricht es im Londoner «New Reasoner» unumwunden aus: «Nur wenige Dinge haben den Führungsschichten von Westeuropa ein größeres Sicherheitsbewußtsein gegeben als das Wissen, daß sie sich völlig auf die Hilfe der Vereinigten Staaten verlassen könnten, falls sie durch einen inneren ‚Umsturz' von links her bedroht würden. In diesem Sinn ist Amerika ein wundervoller Ersatz für den Faschismus in Westeuropa geworden.» Dank dem Eingreifen der Vereinigten Staaten – durch Wirtschaftshilfe, politischen Druck, militärische Unterstützung, Schaffung der NATO usw. – sei das Spiel der parlamentarischen Einrichtungen verfälscht und die Arbeiterklasse vielfach um ihre Mitwirkung an der Formung der nationalen Geschicke betrogen worden, so stellt der Verfasser fest.

Wenn man die politische Entwicklung mindestens der Festlandstaaten Westeuropas in den letzten 15 Jahren überblickt, so sieht man dieses Urteil nur zu klar bestätigt. Das jüngste Beispiel ist natürlich Frankreich; unter der Führung der «Union für die Neue Repu-

blik», die in der Nationalversammlung mit 4,8 Millionen Stimmen 189 Sitze gewonnen hat (gegen 10 Sitze der Kommunisten mit ihren 3,7 Millionen Wählern), ist hier eine neue Spielart des Faschismus – eines heftig nationalistischen und militaristischen Faschismus – entstanden, der auch nicht geringe Teile der Arbeiterschaft erfaßt hat. In Italien sind ähnliche Kräfte am Werk; «Mondo Operaio», die Monatsschrift der Sozialistischen Partei Nennis, hat im vergangenen Oktober das vom Klerikalismus und von den kapitalistischen Monopolen gestützte Regime Fanfani als eigentlichen «Neu-Totalitarismus» bezeichnet, auch wenn es «sich nicht der Mittel und Wege des ‚klassischen' Faschismus (Knüppel, Sturmtrupps, Marsch auf Berlin oder Rom) bedienen» könne. Kaum demokratischer ist das Regime Adenauer in Westdeutschland; der dortige Gewerkschaftsbund hat letzthin aufs ernsteste vor der zunehmenden Aushöhlung der freiheitlichen Einrichtungen durch die Zusammenballung der Wirtschafts- und Staatsmacht in den Händen einer dünnen Herrenschicht gewarnt, ein Vorgang, dessen Opfer vor allem die Arbeiterschaft und ihre Rechte seien.

In diesem Zusammenhang gewinnt die Feststellung von Professor Miliband (in dem zitierten Aufsatz) besondere Bedeutung, daß die Lähmung der Demokratie in Westeuropa nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht die Sozialdemokratie so eng mit Amerika (und den mit ihm verbündeten europäischen Kräften) zusammengearbeitet hätte. Die Sozialdemokratie spiele überall die Rolle eines Maklers zwischen der Arbeiterschaft und der herrschenden Ordnung, «eine Funktion, die für den modernen Kapitalismus von entscheidender Wichtigkeit ist». Dazu komme ihr Verzicht auf eine selbständige, sozialistische Außenpolitik zugunsten der Unterstützung des Westblocks; auch das habe die konservativen Kräfte in Europa und der übrigen Welt mächtig gestärkt, die parlamentarisch-demokratischen Einrichtungen aber mehr und mehr entwertet.

All das, so schließt auch Miliband, «kommt nicht auf den Faschismus, den Polizeistaat oder Tyrannei im klassischen Sinn hinaus. Es bedeutet lediglich die stetige Aushöhlung der Freiheit, eine dauernde Übung in der Gewöhnung der Gesellschaft an Regierungsmethoden, die uns heute noch stoßen, morgen aber ein Stück der politischen Landschaft sein werden.»

Bewegung im Kommunismus So viel über gewisse wesentliche Züge im Bild der kapitalistischen Gesellschaft unserer Zeit. Wie sieht es in den kommunistisch regierten Ländern aus? Von ihrem wirtschaftlichen und zivilisatorischen Aufschwung sei jetzt nicht mehr die Rede; auch in sehr konservativen Kreisen des Westens hat man so ziemlich aufgehört, davon als einem bloßen Propagandamythos zu reden. Nicht aufgehört hat man hingegen, auf einen näheren oder entfernteren Zusammenbruch der

ganzen vom Kommunismus inspirierten gesellschaftlichen Neuordnung im europäischen und asiatischen Osten zu spekulieren und diesen Zusammenbruch durch planmäßige Einwirkung von außen und innen her zu fördern. Schon seit vierzig Jahren gibt man sich unter uns diesem Sport im Blick auf den Sowjetblock mit heißer Leidenschaft hin – ohne viel Erfolg, auch wenn man die Ereignisse in Ungarn, Ostdeutschland, Polen usw. gebührend in Rechnung stellt.

In den letzten Wochen ist dann besonders China wieder einmal an der Reihe gewesen. Was für phantastische Kombinationen sind nicht an den Entschluß Mao Tse-tungs geknüpft worden, vom Amt des Staatspräsidenten zurückzutreten und sich viel freier der Führung und Vertiefung des beispiellos riesenhaften Aufbauwerkes seines Landes zu widmen! Wieviel Unsinn ist über «vielversprechende» Gegensätze zwischen China und der Sowjetunion zusammengeschrieben worden! Wie oberflächlich hat man den «fanatischen Gleichschaltungswillen» beurteilt, der die Staats- und Parteiführung beseele und die bedauernswerten Volksmassen zu bloßem seelenlosem Menschenmaterial in der Hand ruchloser Diktatoren erniedrige! Und wie kindisch hat man sich gefreut, als die so stürmisch losgebrochene Volkskommunenbewegung Anfang Dezember vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei gebremst werden mußte! Die wirklich spontan aus dem Volk herausgekommene Bewegung hätte doch gerade von denen lebhaft begrüßt werden sollen, die gegen eine nur von oben befohlene Revolutionierung der Wirtschafts- und Gesellschaftsformen sind, und sie hätten alles Verständnis dafür zeigen sollen, daß in einem Reich mit über 600 Millionen Menschen eine ordnende Kanalisierung dieser Elementarbewegung zur Notwendigkeit werden kann, auf jeden Fall aber kein Schwäche- oder Zerfallszeichen darstellt.

Wer das chinesische Volk bei seiner Arbeit, in seinem täglichen Leben, bei seinen Festen gesehen hat, der kann dem Cambridger Professor J. Needham nur beistimmen, wenn er – einer der besten Kenner Chinas – nach einer neuen, ausgedehnten Reise durch das Land im «New Statesman» (20. Dezember und 3. Januar) gegen die im Westen so beliebte Vorstellung protestiert, «daß die Bevölkerung gewaltsam zur Erfüllung ihrer Aufgaben gepreßt werden müsse». Überall herrsche im Gegenteil Freiwilligkeit, Begeisterung für gesteigerte Produktion und Modernisierung, Stolz auf eine alte Kultur, die sich instand setze, ihren rechtmäßigen Platz in der modernen Welt einzunehmen. Was im neuen China geleistet worden sei, das wäre, so stellt Dr. Needham fest, unmöglich gewesen ohne die willige und überzeugte Mitwirkung aller Altersstufen und aller Arten von Arbeitern, Hand- wie Geistesarbeitern. Auch die kommunistischen Züge in der großen genossenschaftlichen Bewegung – Gemeinschaftsküchen, Gemeinschaftswohnungen, Gemeinschaftskrippen für Kinder usw. – entsprächen durchaus den alten Überlieferungen Chinas und würden von der überwältigenden Mehrheit des Arbeitsvolkes freudig ange-

nommen. Die landläufigen Kritiker solcher Einrichtungen kennten eben nur westliche Wohnungen mit Gasöfen, elektrischen Waschmaschinen usw. «Hätten sie noch erlebt, wie die chinesische Frau generationenlang versklavt war, bis hin zum Holzkohlen- oder Leseholzofen und einer primitiven Wasserversorgung, so würden sie verstehen, daß der Genossenschaftshof, das Arbeitsrestaurant und die öffentlichen Bäder von heute für Millionen so etwas wie der Himmel auf Erden sind ... Die Befreiung der Frauen, die jetzt Berufe ausüben können – auf dem Bauernhof, bei der Eisenbahn, in der Fabrik oder in geistiger Arbeit –, ist einer der bemerkenswertesten Züge des heutigen Chinas.»

«Die Tat» hat letzthin (27. Dezember) vor der Gefahr gewarnt, Unwesentliches (und für den Westen Abstoßendes) an China übertrieben wichtig zu nehmen und die Hauptsache nicht mehr zu sehen: «den Aufstieg dieser Macht zu Weltrang, das Werden der dritten Weltmacht, den Eintritt vieler hundert Millionen Menschen in die Gegenwart, den unbezähmbaren Willen der chinesischen Elite, auch wenn sie antikommunistisch oder nichtkommunistisch denkt, nun endlich mitzureden in den Angelegenheiten dieser Erde». Aber noch heute sieht man im Westen die Dinge in der Sowjetunion in der gleichen Verzerrung. Bald jeden Tag können wir in unseren Zeitungen Artikel ihrer «Rußlandspezialisten» lesen, die mit Begier aufgreifen und auswalzen, was in der Sowjetunion an Unsympathischem passiert, ob es nun der Fall Pasternak ist oder ein Rückschlag in der Landwirtschaftspolitik Chruschtschews oder die Selbstbezichtigung Bulganins. Was vernimmt man aber von dem Anerkennenswerten und Verheißungsvollen, das dort auch unternommen wird? Wie sachlich und anständig unterrichtet man seine Leser über die neue Strafrechts- und Strafprozeßreform, die dem Sowjetbürger einen besseren Schutz gegenüber dem Staatsapparat gibt? Wie erklärt man ihnen die große Schulreform, die jetzt im Gang ist? Wie würdigt man die nicht unbeträchtliche Herabsetzung der Militärausgaben für 1959 im Vergleich zu anderen Budgetposten? Wie legt man die Absetzung General Serows als Leiter der Staatspolizei und die Ernennung des Außenseiters und bloßen Organisationsfachmannes Scheljepin auf diesen Posten aus?

Erst vor dem Hintergrund der positiven Leistungen der Sowjetunion gewinnen auch ihre so gern in den Vordergrund gerückten Fehlleistungen das rechte Größenmaß, werden auch die wirklichen Probleme deutlich, die sie bedrängen. In deren Mittelpunkt steht die immer noch ungelöste Frage: Kann die Sowjetunion auf dem Weg einer echten und zunehmenden Liberalisierung – besonders auch des geistigen Lebens – fortschreiten, ohne eine Bewegung zu entfesseln, die dem ganzen Revolutionswerk und seiner Verteidigung nach außen zum Verhängnis würde? Ich bin tief überzeugt: Sie kann es. Es ist ein Wagnis – aber alle großen Dinge, und viele kleine dazu, die dem Menschen aufgetragen werden, sind ein Wagnis, das unternommen

werden m u ß, wenn ein Gelingen folgen soll. Je länger die Sowjetführung zögert, die wachsende Kluft zu schließen, die sie vom Volk und seinen tüchtigsten Schichten trennt, um so schlimmer zuletzt, um so schädlicher namentlich auch für die Auseinandersetzung der Sowjetunion mit dem Westen, der in seinem f a l s c h e n Antikommunismus dadurch nur gestärkt wird, aber in seiner b e r e c h t i g t e n Kritik an den kommunistischen Methoden hoffnungslos unfruchtbar bleibt, solange er die wirklichen Triebkräfte und geschichtlichen Notwendigkeiten der kommunistischen Weltbewegung verkennt.

Die Unterentwickelten steigen auf Ähnliches gilt vom Verhalten des «Westens» (um diesen ungenauen, aber bequemen und verständlichen Ausdruck eben doch immer wieder zu gebrauchen) zu den u n t e r e n t w i c k e l t e n V ö l k e r n ganz allgemein. Der Kommunismus ist ja in wirtschaftlich und gesellschaftlich zurückgebliebenen, von den «höherstehenden» Nationen ausgebeuteten Ländern groß geworden. Und er hat auch außerhalb des Sowjetbereiches und Ostasiens vor allem dort eine Chance, wo die Völker gegen ihre fremden Unterdrücker und einheimischen Oberherren revoltieren. D o r t entsteht – sehr im Gegensatz zu der marxistischen Voraussage – die neue Welt des Sozialismus, während die im Kapitalismus satt gewordenen Völker geistig mehr und mehr erschlaffen und sich krampfhaft in ihre alten, überlebten, ja lebensgefährlichen Daseinsformen verbeißen. Die Führung der Welt geht darum immer deutlicher an die Erbauer der neuen Gemeinschaftsformen über, unter denen wiederum die Sowjetunion und nun auch China im ganzen Bereich der entwicklungsbedürftigen Völker stärkstes Ansehen genießen, als Vorkämpfer der gewaltigen Mehrheit der «schlecht weggekommenen» Menschheit. Und solange die Träger der alten Ordnungen in ihrer Erstarrung und Verkalkung verharren, sollten sie wenigstens so viel Verständnis für die Bewegung der Unterentwickelten aufbringen, daß sie ihrem Aufstieg keine ernstlichen Hindernisse entgegenstellen, womöglich sogar ihn begünstigen und aus ihrem Reichtum – der großenteils aus dem «Handel» mit den zurückgebliebenen Ländern stammt – ihn unterstützen.

Das Verständnis für die Notwendigkeit solcher allein fruchtbaren Auseinandersetzung mit den aufstrebenden farbigen Völkern wächst immerhin in der weißen Welt zusehends, sogar in unserer besonders unerschüttert konservativ gebliebenen Schweiz. «Die weitere Entwicklung dieser Auseinandersetzung», so schreibt beispielsweise Professor R. Behrendt in den «Schweizer Monatsheften» (November 1958), «wird davon abhängen, ob wir diese Völker ernst genug nehmen, ob wir bereit sind, uns endlich mit ihren spezifischen Lebensbedingungen, Denkweisen und Erfordernissen vertraut zu machen, und ob wir den soziologischen Analphabetismus überwinden können, der nicht nur in den öffentlichen Meinungen, sondern auch in den Regierungen west-

licher Großmächte (und Kleinstaaten! H. K.) grassiert . . . Ein besseres Verständnis dieser Zusammenhänge würde die Einsicht fördern, daß wir unsere Stellung in der dynamisierten Welt von heute und morgen nicht durch Zusammenarbeit mit den Nutznießern hoffnungslos überholter statischer Gesellschaftsordnungen stärken können – und auch nicht dadurch, daß wir gesellschaftlich und politisch höchst labile Länder zu strategischen Brennpunkten der weltpolitischen Machtkonkurrenz machen und sie mit modernen Waffen beliefern, von denen wir nicht wissen können, ob und auf welcher Seite sie im Ernstfall benützt werden würden, und die inzwischen zur Unterdrückung freiheitlicher Regungen innerhalb der betreffenden Länder mißbraucht werden können.»

Das gilt ebenso für den Ostblock wie für die Westmächte. Man sieht das gerade jetzt am Beispiel des Orients, in dem sich eine tiefgreifende Wandlung der englisch-amerikanischen Politik vollzieht. Die Niederlage der Anhänger Nassers in Irak, die auf einen Anschluß ihres Landes an die Vereinigte Arabische Republik (Ägypten-Syrien) drängten, der gleichzeitige Auftrieb, den die Kommunisten in Irak bekommen haben, und ein Wiederaufleben der kommunistischen Agitation auch in Syrien haben den Diktator in Kairo aufs äußerste erbittert. Der allarabische Nationalismus soll unter seiner Führung stehen und nicht vom Kommunismus mitgelenkt und ausgenützt werden! Nasser hat darum nicht nur eine verschärfte Verfolgung und Unterdrückung der kommunistischen Bewegung in seinem ganzen Machtbereich eingeleitet; er kehrt sich auch offensichtlich von der Sowjetunion ab, die Syrien und Ägypten mit Waffen beliefert und gegen den Westblock unterstützt hatte, und wirft sich den Vereinigten Staaten in die Arme, die ihrerseits Großbritannien zur Beilegung seines alten, vom Suezkrieg und von der Verstaatlichung des Suezkanals herrührenden Konflikts mit Nasser und die Türkei zum Einlenken in der Frage von Zypern ermuntert haben. Nasser als die große Stütze des angelsächsischen Antikommunismus im Mittelosten – das ist die neue Lage. Wie lang sie anhalten wird, ist angesichts der Wandelbarkeit Nassers und seiner erstaunlichen Fähigkeit, die beiden Machtblöcke gegeneinander auszuspielen, eine offene Frage. Jedenfalls ist Israel neuerdings zwischen zwei Feuer geraten, so wie auch Iran (Persien) in einer ungemütlichen Lage ist: auf der einen Seite hat es Irak, das aus der Sowjetunion Waffen bezieht und seinen Kommunisten allerlei Zugeständnisse machen muß, auf der anderen die Sowjetunion selbst, die Irans Militärbündnis mit den Vereinigten Staaten und seine Mitgliedschaft in der Bagdadpakt-Organisation scharf angreift.

Im übrigen verlagert sich freilich das Schwergewicht des Kampfes gegen den westlichen Imperialismus und Kolonialismus immer mehr nach Afrika, das am Ende des Zweiten Weltkrieges noch sehr im Hintergrund stand. Die Freiheitsbewegung hat mit unglaublicher Schnelligkeit den ganzen schwarzen Erdteil erfaßt; ihre Mittel- und

Brennpunkte sind augenblicklich vor allem Algerien (wo der französische Unterdrückungskrieg erbarmungslos weitergeht), Kenya (wo aufs neue explosionsbereiter Zündstoff angehäuft ist) und überraschenderweise sogar der belgische Kongo, dessen Beherrscher so stolz darauf waren, daß «ihre» Schwarzen die Segnungen eines «väterlichen» Klerikal-Kolonialismus (und Uran-Kapitalismus) dankbar anerkennten. Ruhig scheint es nur noch in den portugiesischen Kolonien (Angola, Mozambique) zu sein – und natürlich mehr oder weniger in Südafrika, wo ein roh-rassistisches Gewaltregiment die Alleinherrschaft der Weißen noch mühsam aufrechtzuerhalten vermag. Aber wie lang noch? An der allafrikanischen Konferenz von Accra, der Hauptstadt Ghanas, die gegen Ende 1958 stattfand, wurde jedenfalls eine Sprache geführt, die die weißen Beherrscher Afrikas aufhorchen lassen sollte. Nur großzügige, ehrliche Bereitschaft der Kolonialstaaten, den Afrikanern von Algier bis Kapstadt, von Dakar bis Dar-es-Salaam zur Selbstregierung zu verhelfen und das hiefür nötige Verwaltungs-, Lehr- und technische Personal heranzubilden, wird unter den entrechteten Negervölkern Ausbrüche revolutionären Gewaltgeistes verhindern können, zu denen alle bisherigen Erhebungen nur ein harmloses Vorspiel gewesen wären.

*

Das zu Ende gegangene Jahr hat dem neuangebrochenen schwerste Aufgaben hinterlassen. Sie werden dennoch in dem Maße zu lösen sein, da die Völker, besonders diejenigen Europas und Amerikas, an Entschlossenheit gewinnen, dem Krieg als einem Mittel zur Erreichung irgendwelcher Zwecke zu entsagen und die aus den wirtschaftlichen und sozialen Systemen einer alten Welt hervorquellenden Kriegskräfte zu überwinden.

9. Januar *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNG

Karl Barth: «Brief an einen Pfarrer in der Deutschen Demokratischen Republik». Evangelischer Verlag Zollikon. Fr. 3.20.

In der «Neuen Zürcher Zeitung» las ich kürzlich den Aufsatz eines der Hofprediger, die sich dieses Blatt hält, über und gegen die hier angezeigte kleine Schrift von Karl Barth, die jetzt so viel Aufsehen erregt. Der Kritiker machte Barth den Vorwurf, er lehre die Christen, die politischen Menschen- und Freiheitsrechte «für gleichgültig anzusehen», er wolle ihnen den Kampf gegen den «kommunistischen Gewissensmord» verbieten und ihnen zumuten, «die staatliche Christenverfolgung, die Rechtlosigkeit des Individuums, die Ausrottung von ganzen Völkerstämmen, die Dezimierung ganzer Nationen», wie sie der Kommunismus betreibe, als ebenso «menschliche, irgendwie entschuldbare und unter der Gnade Gottes stehende Unzulänglichkeit» hinzunehmen, wie die Heucheleien und Gottlosigkeiten, die auch im Westen vorkämen. Und das alles, weil Barth eben Sozialist sei, der dem totalitären